

Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2024 und
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 der
Energieversorgung Mittelrhein AG Koblenz

(Auszüge aus dem Prüfbericht)

B. WIEDERGABE DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Nach dem abschließenden Ergebnis unserer Prüfung haben wir zu dem Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 (Anlagen 1 bis 3), dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024 (Anlage 4) und den Tätigkeitsabschlüssen nach § 6b Abs. 3 EnWG (Anlage 5) der Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz, mit Datum vom 17. April 2025 den folgenden Bestätigungsvermerk erteilt, der hier wiedergegeben ist:

„BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die Energieversorgung Mittelrhein AG:

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Energieversorgung Mittelrhein AG, Koblenz, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmensaktivität zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmensaktivität, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmensaktivität sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmensaktivität aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmensaktivität nicht mehr fortführen kann.
- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.“

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Vermerk über die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Prüfungsurteile

Wir haben geprüft, ob die Gesellschaft ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten eingehalten hat. Darüber hinaus haben wir die Tätigkeitsabschlüsse für die Tätigkeiten Elektrizitätsverteilung, andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors, Gasverteilung, andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors, moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme sowie Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors - bestehend jeweils aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie die als Anlage beigefügten Angaben zu den Rechnungslegungsmethoden für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse - geprüft.

- Nach unserer Beurteilung wurden die Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten.
- Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entsprechen die beigefügten Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung der Einhaltung der Pflichten zur Führung getrennter Konten und der Tätigkeitsabschlüsse in Übereinstimmung mit § 6b Abs. 5 EnWG unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung nach § 6b Energiewirtschaftsgesetz (IDW PS 610 n.F. (07.2021)) durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG" weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt.

Wir wenden als Wirtschaftsprüfungsgesellschaft die Anforderungen des IDW Qualitätssicherungsstandards: Anforderungen an die Qualitätssicherung in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QS 1) an. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG zu dienen.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für die Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten. Die gesetzlichen Vertreter sind auch verantwortlich für die Aufstellung der Tätigkeitsabschlüsse nach den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachtet haben, um die Pflichten zur Führung getrennter Konten einzuhalten.

Die Verantwortung der gesetzlichen Vertreter für die Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt "Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht" hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass der jeweilige Tätigkeitsabschluss kein unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Tätigkeit zu vermitteln braucht.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten der Gesellschaft nach § 6b Abs. 3 EnWG.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen,

- ob die gesetzlichen Vertreter ihre Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten in allen wesentlichen Belangen eingehalten haben und
- ob die Tätigkeitsabschlüsse in allen wesentlichen Belangen den deutschen Vorschriften des § 6b Abs. 3 Sätze 5 bis 7 EnWG entsprechen.

Ferner umfasst unsere Zielsetzung, einen Vermerk in den Bestätigungsvermerk aufzunehmen, der unsere Prüfungsurteile zur Einhaltung der Rechnungslegungspflichten nach § 6b Abs. 3 EnWG beinhaltet.

Die Prüfung der Einhaltung der Pflichten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 5 EnWG zur Führung getrennter Konten umfasst die Beurteilung, ob die Zuordnung der Konten zu den Tätigkeiten nach § 6b Abs. 3 Sätze 1 bis 4 EnWG sachgerecht und nachvollziehbar erfolgt ist und der Grundsatz der Stetigkeit beachtet wurde.

Unsere Verantwortung für die Prüfung der Tätigkeitsabschlüsse entspricht der im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" hinsichtlich des Jahresabschlusses beschriebenen Verantwortung mit der Ausnahme, dass wir für den jeweiligen Tätigkeitsabschluss keine Beurteilung der sachgerechten Gesamtdarstellung vornehmen können."

Bilanz zum 31. Dezember 2024

AKTIVA	31.12.2024		Vorjahr EUR	
	EUR	EUR		
A. Anlagevermögen				
I. Immaterielle Vermögensgegenstände				
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	1.522.149,57		1.030.931,15	
2. Baukostenzuschüsse	7.668,00		8.528,00	
3. Geschäfts- oder Firmenwert	412.262,72		463.795,56	
		1.942.080,29	1.503.254,71	
II. Sachanlagen				
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	8.081.916,32		8.558.571,59	
2. Technische Anlagen und Maschinen	159.726.505,80		151.394.642,31	
3. Betriebs- und Geschäftsaustattung	1.730.196,05		1.887.963,47	
4. Anlagen im Bau	9.187.484,03		9.161.675,99	
		178.726.102,20	171.002.853,36	
III. Finanzanlagen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	242.275.797,39		242.263.547,39	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	7.121.165,87		9.121.165,87	
3. Beteiligungen	13.993.911,15		14.115.918,33	
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	4.074.077,55		1.932.123,66	
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	50.783.225,56		50.783.225,56	
6. Sonstige Ausleihungen	10.649,49		20.797,18	
		318.258.827,01	318.236.777,99	
			498.927.009,50	
			490.742.886,06	
B. Umlaufvermögen				
I. Vorräte				
1. nEHS-Zertifikate	31.503.430,00		24.003.920,00	
2. Unfertige Leistungen	985.817,89		524.956,98	
3. Fertige Erzeugnisse und Waren	112.943,46		156.400,37	
		32.602.191,35	24.685.277,35	
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	118.740.637,84		114.716.236,90	
2. Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen	15.610.880,01		16.167.012,71	
3. Sonstige Vermögensgegenstände	9.829.879,89		9.912.213,91	
		144.181.397,74	140.795.463,52	
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten				
	75.547.680,72		69.654.726,49	
	252.331.269,81		235.135.467,36	
		640.731,85	883.673,28	
			751.899.011,16	
			726.762.026,70	

PASSIVA	31.12.2024		Vorjahr EUR
	EUR	EUR	
A. Eigenkapital			
I. Gezeichnetes Kapital		131.310.098,00	131.310.098,00
II. Kapitalrücklage		99.807.492,71	99.807.492,71
III. Gewinnrücklagen			
1. Gesetzliche Rücklage	2.845.181,29		2.845.181,29
2. Andere Gewinnrücklagen	<u>47.677.672,64</u>		<u>33.835.357,43</u>
		50.522.853,93	36.680.538,72
IV. Bilanzgewinn		0,00	0,00
		<u>281.640.444,64</u>	<u>267.798.129,43</u>
B. Sonderposten			
I. Sonderposten mit Rücklageanteil	594.286,05		623.810,74
II. Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen	<u>687.954,58</u>		<u>735.624,94</u>
		<u>1.282.240,63</u>	<u>1.359.435,68</u>
C. Rückstellungen			
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	171.080.420,00		171.619.493,00
2. Steuerrückstellungen	1.190.000,00		870.000,00
3. Sonstige Rückstellungen	<u>78.233.900,00</u>		<u>58.756.200,00</u>
		<u>250.504.320,00</u>	<u>231.245.693,00</u>
D. Verbindlichkeiten			
1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	20.000.000,00		20.000.000,00
2. Erhaltene Anzahlungen	10.343.456,24		10.979.984,24
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	59.365.776,07		92.471.401,99
4. Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Unternehmen	103.515.693,86		90.634.252,03
5. Sonstige Verbindlichkeiten	24.281.298,71		11.222.868,40
davon aus Steuern:	(18.779.433,37)		(5.138.451,70)
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit:	(208.882,11)		(194.468,87)
		<u>217.506.224,88</u>	<u>225.308.506,66</u>
E. Rechnungsabgrenzungsposten			
		<u>965.781,01</u>	<u>1.050.261,93</u>
		<u>751.899.011,16</u>	<u>726.762.026,70</u>

Gewinn und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024

	2024	2023
	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	1.002.158.010,35	1.362.521.449,47
2. Erhöhung oder Verminderung des Bestands an unfertigen Leistungen	460.860,91	-53.336,32
3. Sonstige betriebliche Erträge	4.184.206,53	8.764.693,70
4. Materialaufwand		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	552.308.528,87	980.608.225,62
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>265.287.714,15</u>	<u>817.596.243,02</u>
	<u>265.287.714,15</u>	<u>238.258.074,54</u>
	<u>817.596.243,02</u>	<u>1.218.866.300,16</u>
5. Personalaufwand		
a) Löhne und Gehälter	31.272.787,82	30.008.774,01
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	11.865.863,71	9.546.680,69
- davon für Altersversorgung:	(<u>6.142.692,05</u>)	43.138.651,53 (<u>3.901.998,86</u>)
	(<u>6.142.692,05</u>)	39.555.454,70
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	14.417.586,41	14.231.202,65
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	55.692.152,71	41.264.476,49
8. Erträge aus Beteiligungen	5.337.426,81	5.031.235,55
- davon aus verbundenen Unternehmen:	(3.668.675,42)	(3.035.868,07)
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	7.024.280,02	8.338.535,70
- davon Steuerumlagen:	(583.000,00)	(568.000,00)
10. Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	223.525,73	209.352,33
- davon aus verbundenen Unternehmen:	(87.551,40)	(103.304,87)
11. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	3.640.934,24	3.493.523,69
12. Abschreibungen auf Finanzanlagen	0,00	53.626,35
13. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	3.237.569,58	3.879.780,87
- davon Aufwendungen aus der Abzinsung:	(1.219.573,00)	(1.673.944,00)
- davon an verbundene Unternehmen:	(1.546.989,96)	(1.710.849,11)
14. Steuer vom Einkommen und vom Ertrag	27.934.296,14	15.923.834,82
- davon Steuerumlagen an den Organträger:	(<u>27.621.455,22</u>)	(<u>17.128.052,01</u>)
15. Ergebnis nach Steuern	61.012.745,20	54.530.778,08
16. Sonstige Steuern	170.429,99	173.461,42
17. Aufgrund von Gewinnabführungsverträgen abgeführte Gewinne	<u>47.000.000,00</u>	<u>47.000.000,00</u>
18. Jahresüberschuss	13.842.315,21	7.357.316,66
19. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen	<u>-13.842.315,21</u>	<u>-7.357.316,66</u>
20. Bilanzgewinn	<u><u>0,00</u></u>	<u><u>0,00</u></u>

Anhang für das Geschäftsjahr 2024

I. Angaben zum Jahresabschluss

Firma: Energieversorgung Mittelrhein AG

Sitz: Koblenz

Registergericht: Amtsgericht Koblenz

Registernummer: HRB 17

A. Allgemeine Angaben zu Inhalt und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 wurde auf der Grundlage der Rechnungslegungsvorschriften des Dritten Buches des HGB sowie der ergänzenden Bestimmungen des AktG und des EnWG erstellt. Die Gliederung des Jahresabschlusses erfolgt nach den Vorschriften §§ 266 ff. HGB.

Die Bilanz wird unter vollständiger Ergebnisverwendung erstellt.

Soweit für Pflichtangaben Wahlrechte bestehen, diese in der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung oder im Anhang darzustellen, sind diese aus Gründen der Übersichtlichkeit im Anhang dargestellt.

Die Ausweisstetigkeit wurde gewahrt.

Das Gliederungsschema des § 266 HGB wurde um die Posten Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen und Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Unternehmen erweitert. Der Übersichtlichkeit wegen werden alle Forderungen bzw. Verbindlichkeiten gegen nahe stehende Unternehmen – einschließlich der verbundenen Unternehmen – gesondert in einem Posten ausgewiesen. Hierin werden auch Unternehmen aufgeführt, mit denen über die den Konzernabschluss aufstellende Stadtwerke Koblenz GmbH und über die den Gesamtabchluss aufzustellende Stadt Koblenz eine Verbindung besteht.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wird nach dem Gesamtkostenverfahren gemäß § 275 Abs. 2 HGB gegliedert.

B. Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Bilanzierungswahlrechte werden nicht in Anspruch genommen. Die Bewertungsmethoden werden unverändert gegenüber dem Vorjahr angewandt.

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen aktiviert. Die planmäßigen Abschreibungen werden nach der linearen Methode (Nutzungsdauer von drei bis vierzehn Jahre) vorgenommen.

Sachanlagen

Die entgeltlich erworbenen Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten abzüglich Anschaffungspreisminderungen aktiviert. Hergestellte Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden auf Einzelkostenbasis zuzüglich angemessener Gemeinkostenzuschläge, soweit diese für die Herstellung notwendig sind, bewertet. Fremdkapitalzinsen sind nicht in die Herstellungskosten einbezogen. Nachträglich gewährte Zuschüsse zu Anschaffungs- und Herstellungskosten werden als Abgänge ausgewiesen.

Für abnutzbare Vermögensgegenstände des Sachanlagevermögens werden planmäßige Abschreibungen nach der linearen Methode (Nutzungsdauer von drei bis dreißig Jahre) vorgenommen.

Finanzanlagen

Die Bewertung des Finanzanlagevermögens erfolgt grundsätzlich zu Anschaffungskosten, Ausleihungen werden mit ihren Nennbeträgen angesetzt. Wertminderungen wird durch angemessene Wertberichtigungen Rechnung getragen.

Vorräte

Die entgeltlich erworbenen nEHS-Zertifikate werden zu Anschaffungskosten zuzüglich Anschaffungsnebenkosten aktiviert.

Unfertige Leistungen werden zu Herstellungskosten bewertet, die durch Kalkulation auf Basis der innerbetrieblichen Kostenrechnung der Gesellschaft ermittelt werden. Dabei wird beachtet, dass die kalkulierten Herstellungskosten nicht über den tatsächlichen Herstellungskosten liegen. Fremdkapitalzinsen sind nicht in die Herstellungskosten einbezogen.

Die fertigen Erzeugnisse und Waren beinhalten ausschließlich Handelswaren, die zu Anschaffungskosten oder niedrigeren Marktpreisen am Bilanzstichtag bewertet werden.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Die Bewertung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen erfolgt zum Nennwert. Dem allgemeinen Kreditrisiko sowie dem internen Zinsverlust wird durch eine Pauschalwertberichtigung des um die einzelwertberichtigten Forderungen bereinigten Nettoforderungsbestandes, zweifelhaften Forderungen wird durch angemessene Einzelwertberichtigungen Rechnung getragen.

Der Bestand an liquiden Mitteln und die sonstigen Vermögensgegenstände werden mit Nennwerten angesetzt.

Rückstellungen

Die Rückstellungen werden mit den nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbeträgen angesetzt. Bei Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden erwartete Preis- und Kostensteigerungen berücksichtigt. Die sonstigen Rückstellungen werden mit dem ihrer Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst.

Verbindlichkeiten

Die Bewertung der Verbindlichkeiten erfolgt zum Erfüllungsbetrag.

C. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Die Summe der Bruttowerte (kumulierte Anschaffungs- und Herstellungskosten) und der kumulierten Abschreibungen je Anlageposten sowie die Zugänge und Abgänge des Berichtsjahres ergeben sich aus dem Anlagenspiegel (ebenso sind dem Anlagenspiegel die Abschreibungen des Geschäftsjahres zu entnehmen).

Anlagenbestand	Entwicklung der Anschaffungskosten						Entwicklung der Abschreibungen						Restbuchwerte			
	Anfangsbestand			Zugänge Umbuchungen			Anfangsbestand			Zugänge			Umbuchungen			Endbestand
	1.1.2024	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	
I. Immaterielle Vermögensgegenstände																
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerliche Schurzechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	13.975.453,64	85.734,36	1.695.621,61	0,00	15.756.809,61	12.944.522,49	1.290.137,55	0,00	0,00	0,00	14.234.660,04	1.522.149,57	1.030.931,15	Stand am 31.12.2023		
2. Baukostenzuschüsse	177.364,00	0,00	0,00	0,00	177.364,00	168.836,00	860,00	0,00	0,00	0,00	169.696,00	7.668,00	8.528,00	Stand am 31.12.2024		
3. Geschäfts- oder Firmenwert	20.241.930,11	0,00	0,00	0,00	20.241.930,11	19.781.345,55	5.153,84	0,00	0,00	0,00	19.829.667,39	412.62,72	463.795,56	Stand am 31.12.2024		
	34.394.747,75	85.734,36	1.695.621,61	0,00	36.716.037,72	32.591.493,04	1.342.530,39	0,00	0,00	0,00	34.234.023,43	1.942.660,29	1.503.254,71			
II. Sachanlagen																
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Baulen einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	61.471.993,16	10.487,41	0,00	19.025,80	61.463.454,77	52.913.421,57	468.116,88	0,00	0,00	0,00	53.381.538,45	8.081.916,32	8.558.571,59	Stand am 31.12.2023		
2. Technische Anlagen und Maschinen	76.074.527,66	17.941.256,63	3.732.996,11	1907.188,62	785.841.585,78	614.779.885,35	12.021.663,04	0,00	0,00	0,00	626.115.079,98	159.726.305,80	151.394.62,31	Stand am 31.12.2024		
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	16.127.164,60	381.994,02	49.654,11	165.273,24	16.994.139,49	14.339.801,13	58.476,10	0,00	0,00	0,00	161.333,79	15.263.943,44	1.730.196,05	1.887.933,47		
4. Anlagen im Bau	9.161.675,99	5.600.867,17	-5.478.271,83	96.787,30	9.187.484,03	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	9.187.84,03	9.161.675,99			
	85.3.35.961,41	23.934.599,23	-1.695.621,61	2.188.214,96	873.486.664,07	682.133.108,05	13.075,05,02	0,00	0,00	0,00	747.602,20	694.760.561,97	178.226,02,20	171.002.853,36		
III. Finanzanlagen																
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	242.263.547,39	12.250,00	0,00	0,00	242.275.797,39	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	242.275.797,39	242.263.547,39	
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	9.121.165,87	0,00	2.000.000,00	0,00	7.121.165,87	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	7.121.165,87	9.121.165,87	
3. Beteiligungen	14.115.918,33	17.500,00	0,00	139.507,18	13.993.711,15	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	13.993.711,15	14.115.918,33	
4. Ausleihungen an Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	1.332.123,66	2.150.000,00	0,00	8.046,11	4.074.077,55	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	4.074.077,55	1.932.123,66	
5. Wertpapiere des Anlagevermögens	50.782.225,56	0,00	0,00	0,00	50.783.225,56	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	50.783.225,56	50.783.225,56	
6. Sonstige Ausleihungen	138.807,61	0,00	0,00	10.147,69	128.569,82	118.010,43	0,00	0,00	0,00	0,00	118.010,43	10.649,49	20.737,18			
	318.354.788,42	2.179.750,00	0,00	2.157.700,98	318.376.837,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	118.010,43	318.258.827,01	318.236.777,99			
	1.206.185.497,58	26.200.083,59	0,00	4.345.975,94	1.228.039.605,23	715.442.611,52	14.417.586,41	0,00	0,00	0,00	747.602,20	729.112.595,73	498.927.009,50	490.742.886,06		

Anteilsbesitz

Name, Sitz	Anteil am Kapital	Eigenkapital	Ergebnis des letzten Geschäftsjahres	
			%	TEUR
Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG, Koblenz	100,00	126.947		3.182
Gasversorgung Westerwald GmbH, Höhr-Grenzhausen	100,00	63.225		0*
BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH, Koblenz	100,00	3.848		2.028
Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH, Koblenz	100,00	1.617		260
KEVAG Telekom GmbH, Koblenz	50,00	4.699		992
Solarenergie Mastershausen Projekt GmbH & Co. KG, Mastershausen	50,00	623		172
Energiegesellschaft Görgeshausen mbH, Görgeshausen	50,00	215		-6
GkD Gesellschaft für kommunale Dienstleistungen mbH, Köln	50,00	69		1
Erneuerbare Energien Neuwied GmbH, Neuwied	50,00	liegen noch nicht vor		
KO-Solar GmbH, Koblenz	49,00	liegen noch nicht vor		
Rhein-Ahr-Energie GmbH & Co. KG, Koblenz	49,00	5.994		499
Energiebeteiligungsgesellschaft Mittelrhein mbH, Koblenz	42,88	71.283		0*
evm Windpark Schneifelhöhe GmbH & Co. KG, Koblenz	33,30	-769		-315
evm Windpark Verwaltungs GmbH, Koblenz	33,33	39		1
Windpark Westerwald GmbH, Waigandshain	31,75	1.803		209
Stadtwerke Andernach Energie GmbH, Andernach	25,10	7.215**		0**

* Nach Ergebnisabführung

* Nach Ergebnisabführung

** Zahlen betreffen das Geschäftsjahr 2023

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

In den Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen sind solche gegen Gesellschafter in Höhe von TEUR 1.629 (Vorjahr: TEUR 1.179) und solche gegen verbundene Unternehmen in Höhe von TEUR 9.157 (Vorjahr: TEUR 11.032) enthalten, davon entfallen 7.923 TEUR auf sonstige Vermögensgegenstände und 1.234 TEUR auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Forderungen gegenüber Gesellschaftern bestehen vollständig aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen. Die Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, entfallen in voller Höhe von TEUR 4.825 (Vorjahr: TEUR 3.956) auf Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Die Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen beinhalten Forderungen aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 7.688 (Vorjahr: TEUR 8.304) und sonstige Vermögensgegenstände in Höhe von TEUR 7.923 (Vorjahr: TEUR 7.863).

In den sonstigen Vermögensgegenständen sind Forderungen, die rechtlich erst nach dem Abschlussstichtag entstehen, in Höhe von TEUR 3.873 aus Steuererstattungsansprüchen, enthalten.

Eigenkapital

Das Grundkapital beträgt TEUR 131.310 und ist wie folgt eingeteilt:

Aktien	Anzahl	Nennwert	Gesamt
Namensaktien	130.410.098	EUR 1,0069	EUR 131.310.098

Die EKO2 GmbH, Koblenz, teilte uns mit, dass sie eine Mehrheitsbeteiligung an unserer Gesellschaft besitzt.

Es besteht eine Ausschüttungssperre nach § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von TEUR 0.

Sonderposten mit Rücklageanteil

Es handelt sich um einen Sonderposten für steuerrechtliche Sonderabschreibungen. Der Sonderposten wird entsprechend den vorgenommenen Normalabschreibungen linear aufgelöst.

Sonderposten für Investitionszuwendungen zum Anlagevermögen.

Es handelt sich um einen Sonderposten aus Zuschussgewährung. Der Sonderposten wird entsprechend den vorgenommenen Normalabschreibungen linear aufgelöst.

Rückstellungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgte nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens unter Zugrundelegung eines Rechnungszinsfußes von 1,90 %, erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerungen von 3,50 %, einem Rententrend von 2,50 % und unter Anwendung der Sterbetafel Heubeck 2018G. Aus der Anwendung des durchschnittlichen Marktzinssatzes der vergangenen zehn Geschäftsjahre für die Abzinsung ergibt sich ein Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von TEUR -1.633.

Die ausgewiesenen Buchwerte zum Bilanzstichtag entsprechen den ermittelten notwendigen Erfüllungsbeträgen der Rückstellungen.

In den sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen Rückstellungen für ausstehende Eingangsrechnungen (TEUR 49.832), Altersteilzeitverpflichtungen (TEUR 4.654) und Rückbauverpflichtungen (TEUR 5.400) enthalten.

Verbindlichkeiten

	Verbindlichkeiten zum 31. Dezember 2024	Gesamt- betrag EUR	bis 1 Jahr EUR	größer 1 Jahr EUR	davon mehr als 5 Jahre EUR	davon besichert EUR
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (Vorjahr)	20.000.000,00 (20.000.000,00)	0,00 (0,00)	20.000.000,00 (20.000.000,00)	20.000.000,00 (20.000.000,00)	0,00 (0,00)
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen (Vorjahr)	10.343.456,24 (10.979.984,24)	10.343.456,24 (10.979.984,24)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (Vorjahr)	59.365.776,07 (92.471.401,99)	59.365.776,07 (92.471.401,99)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
4.	Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Unternehmen (Vorjahr)	103.515.693,86 (90.634.252,03)	103.515.693,86 (90.634.252,03)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
	- davon gegenüber verbundenen Unternehmen (Vorjahr)	103.506.151,65 (90.626.544,33)	103.506.151,65 (90.626.544,33)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
	- davon gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht (Vorjahr)	9.542,21 (7.707,70)	9.542,21 (7.707,70)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
	- davon gegenüber Gesellschaftern (Vorjahr)	58.790.548,56 (49.981.745,09)	58.790.548,56 (49.981.745,09)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
5.	Sonstige Verbindlichkeiten (Vorjahr)	24.281.298,71 (11.222.868,40)	24.281.298,71 (11.222.868,40)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)	0,00 (0,00)
	Summe (Vorjahr)	217.506.224,88 (225.308.506,66)	197.506.224,88 (205.308.506,66)	20.000.000,00 (20.000.000,00)	20.000.000,00 (20.000.000,00)	0,00 (0,00)

Die Verbindlichkeiten gegenüber nahestehenden Unternehmen beinhalten Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 18.368 (Vorjahr: TEUR 11.935) und sonstige Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 85.148 (Vorjahr: TEUR 78.700). Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern entfallen in voller Höhe von TEUR 58.791 (Vorjahr: TEUR 49.982) auf sonstige Verbindlichkeiten, während die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, in Höhe von TEUR 10 (Vorjahr: TEUR 8) vollständig aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen bestehen. Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von TEUR 103.506 (Vorjahr: TEUR 90.627) bestehen in Höhe von TEUR 85.148 (Vorjahr: TEUR 78.700) aus sonstigen Verbindlichkeiten und in Höhe von TEUR 18.358 (Vorjahr: TEUR 11.927) aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

D. Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse setzen sich nach Tätigkeitsbereichen wie folgt zusammen:

	TEUR
Erdgasverkauf	406.216
Stromverkauf	489.079
Vermietung und Verpachtung	35.548
Dienstleistungen	28.192
Sonstige	43.123
	<hr/>
	1.002.158

Sonstige betriebliche Erträge

In den sonstigen betrieblichen Erträgen sind Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil in Höhe von TEUR 99, periodenfremde Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von TEUR 493 sowie Erträge aus der Realisierung von bereits abgeschriebenen Forderungen und aus dem Wegfall von Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.163 enthalten.

II. Sonstige Angaben

A. Gesamtbetrag der sonstigen finanziellen Verpflichtungen

Die sonstigen finanziellen Verpflichtungen betrugen zum Bilanzstichtag TEUR 537.404. Sie resultieren im Wesentlichen aus langfristigen Einkaufskontrakten für Erdgas und Strom, die bis in das Jahr 2029 reichen. Wesentliche Chancen bzw. Risiken aus den Vertragsbeziehungen bestehen nicht.

B. Abschlussprüferhonorare

	Gesamthonorar TEUR
Abschlussprüfungsleistungen	82
Andere Bestätigungsleistungen	16
	<hr/> 98

C. Geschäfte mit nahe stehenden Unternehmen und Personen

Art der Geschäftsbeziehung	Netz-nutzungs-entgelte	Verpachtung Energie-verteilnetze	Erbringung von Dienst-leistungen	Bezug von Dienst-leistungen
Verbundene Unternehmen	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
	139.001	27.732	25.371	37.234

Die Geschäfte sind zu marktüblichen Bedingungen zustande gekommen.

Bei den Angaben handelt es sich um die Pflichtangaben nach § 6b Abs. 2 EnWG.

D. Organe

Vorstand: Josef Rönz, Vorstandsvorsitzender, bis 31.05.2024
Mithun Basu, Vorstand Finanzen
Christoph Hesse, Vorstand Energiewirtschaft.

Auf die Angabe der Bezüge wird gem. § 286 Abs. 4 HGB verzichtet.

Die Bezüge früherer Vorstandsmitglieder und deren Hinterbliebener betragen für das Geschäftsjahr 2024 TEUR 1.074 (Vorjahr: TEUR 745). Für die Pensions- und Deputatsverpflichtungen gegenüber früheren Mitgliedern des Vorstands und ihren Hinterbliebenen sind TEUR 20.045 (Vorjahr: TEUR 11.105) zurückgestellt.

Aufsichtsrat (Stand 31. Dezember 2024):

David Langner	Oberbürgermeister der Stadt Koblenz	Vorsitzender
Dr. Constantin H. Alsheimer	Vorstandsvorsitzender der Thüga AG	Ab 15.05.2024 1. Stellv. Vorsitzender
Dr. Matthias Cord	Mitglied des Vorstands der Thüga AG	Bis 14.05.2024 1. Stellv. Vorsitzender
Hans-Peter Ackermann	Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Bis 12.09.2024
Oliver Antpöhler-Zwiernik	Bankangestellter, Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Ab 12.09.2024
Gabriele Aplenz	Prokuristin der Thüga AG	
Andreas Biebricher	Historiker, Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Bis 12.09.2024
Melanie Blaum*)	Sozialversicherungsfachangestellte	
Rolf Busenthür*)	Zentralheizungs- und Lüftungsbauer	
Paul-Dieter Friedrich*)	Vorsitzender des Betriebsrats	2. Stellv. Vorsitzender
Fabian Geissler	Gymnasiallehrer, Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	
Christian Greiner	Oberbürgermeister der Stadt Andernach	
Claus Hoffmann	Geschäftsführer der Koblenz-Touristik GmbH	Bis 12.09.2024
Elke Hofmann*)	Freigestelltes Betriebsratsmitglied	
Lars Hörnig	Geschäftsführer der Stadtwerke Koblenz GmbH	Bis 12.09.2024
Alexandra Kaatz	Elektroingenieurin, Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Ab 13.09.2024
Ernst Knopp	Senior Consultant, Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Ab 13.09.2024
Thomas Kirsch	Produktmanager Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Bis 12.09.2024
Marion Lipinski-Naumann	Bankkauffrau, Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	
Dirk Marquardt*)	Elektroinstallateur Freigestelltes Betriebsratsmitglied	

Stephan Otto	Diplom Verwaltungswirt (FH), Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Ab 13.09.2024
Andrea Mehlbreuer	Kaufmännische Angestellte Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Bis 12.09.2024
Edith Polcher*)	kaufmännische Angestellte	
Sylvia Portner*)	kaufmännische Angestellte	
Monika Sauer	Lehrerin a. D., Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Ab 12.09.2024
Thorsten Schneider	Revisor, Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Ab 13.09.2024
Kim Theisen	Sachbearbeiterin im Bodenschutzrecht (Regie- rungsinspektorin) SGD Nord, Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Ab 13.09.2024
Anne Schumann-Dreyer	Dipl.-Sozialarbeiterin (FH) Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	Bis 12.09.2024
Stephan Wefelscheid	Rechtsanwalt, Mitglied des Landtags Rheinland- Pfalz, Mitglied des Rates der Stadt Koblenz	

*) Arbeitnehmervertreterin /
Arbeitnehmervertreter

Die an die Aufsichtsratsmitglieder in 2024 gezahlten Bezüge belaufen sich auf TEUR 415
(Vorjahr: TEUR 414).

Regionalbeirat (Stand 31. Dezember 2024):

David Langner	Oberbürgermeister der Stadt Koblenz	Vorsitzender
Dr. Alexander Saftig	Landrat des Landkreises Mayen-Koblenz	Stellv. Vorsitzender Bis 31.12.2024
Frank Becker	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Linz am Rhein	
Thilo Becker	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Höhr-Grenzhausen	
Anke Beilstein	Landrätin des Landkreises Cochem-Zell	
Johannes Bell	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Brohltal	

Volker Boch	Landrat des Rhein-Hunsrück-Kreises
Hans Peter Böffgen	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Gerolstein
Hans-Werner Breithausen	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rengsdorf-Waldbreitbach
Uwe Bruchhäuser	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bad Ems-Nassau
Sebastian Busch	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Pellenz
Marcel Caspers	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bad Breisig
Jörg Denninghoff	Landrat des Rhein-Lahn-Kreises
Dr. Peter Enders	Landrat des Landkreises Altenkirchen
Andreas Geron	Bürgermeister der Stadt Sinzig
Julia Giesecking	Landrätin des Landkreises Vulkaneifel
Oliver Götsch	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Selters
Christian Greiner	Oberbürgermeister der Stadt Andernach
Gabriele Greis	Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Hachenburg
Achim Hallerbach	Landrat des Landkreises Neuwied
Gerd Harner	Bürgermeister der Stadt Mülheim-Kärlich
Andreas Heidrich	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Bad Marienberg
Markus Hof	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Westerburg
Björn Ingendahl	Bürgermeister der Stadt Remagen
Achim Juchem	Bürgermeister der Gemeinde Grafschaft
Albert Jung	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kaisersesch
Andreas Kruppert	Landrat des Eifelkreises Bitburg-Prüm
Wolfgang Lambertz	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Cochem

Kathrin Laymann	Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Rhein-Mosel
Jörg Lempertz	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Mendig
Karsten Lucke	Bürgermeister der Ortsgemeinde Lautzenbrücken bis 26.05.2024 Abgeordneter des Europäi- schen Parlaments
Klaus Lütkefedder	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Wallmerod
Alexandra Marzi	Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Wirges
Dirk Meid	Oberbürgermeister der Stadt Mayen
Volker Mendel	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Puderbach
Michael Merz	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Ransbach-Baumbach
Gerrit Müller	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Rennerod
Maximilian Mumm	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Maifeld
Helmut Mutters	Bürgermeister der Stadt Linz am Rhein
Guido Nisius	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Adenau
Sven Normann	Bürgermeister der Ortsgemeinde Staudt
Thomas Przybylla	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Weißenbenthurm
Johannes Saxler	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Kelberg
Thomas Scheppe	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Daun
Walter Schmitz	Bürgermeister der Stadt Cochem
Adolf Theo Schneider	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Val- lendar
Alfred Schomisch	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Vordereifel

Achim Schwickert	Landrat des Westerwaldkreises
Manuel Seiler	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Dierdorf
Lennart Siefert	Oberbürgermeister der Stadt Lahnstein
Aloysius Söhngen	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Prüm
Alfred Steimers	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Ulmen
Andree Stein	Erster Beigeordneter der Verbandsgemeinde Montabaur
Helmut Stühn	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Daaden-Herdorf
Peter Unkel	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Hunsrück-Mittelrhein
Cornelia Weigand	Landrätin des Landkreises Ahrweiler
Mike Weiland	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Loreley
Bernhard Wiemer	Erster Beigeordneter der Stadt Bendorf

Gesellschafterbeirat (Stand 31. Dezember 2024):

David Langner	Oberbürgermeister der Stadt Koblenz	Vorsitzender
Achim Schwickert	Landrat des Westerwaldkreises	Stellv. Vorsitzender
Dr. Constantin H. Alsheimer	Vorstandsvorsitzender der Thüga AG	Ab 15.05.2024
Anke Beilstein	Landrätin des Landkreises Cochem-Zell	
Dr. Matthias Cord	Mitglied des Vorstands der Thüga AG	Bis 14.05.2024
Jan Deuster	Geschäftsführer der Stadtwerke Andernach GmbH	
Gerd Harner	Bürgermeister der Stadt Mülheim-Kärlich	
Karsten Lucke	Bürgermeister der Ortsgemeinde Lautzenbrücken, bis 26.05.2024 Abgeordneter des Europäi- schen Parlaments	

Dirk Meid	Oberbürgermeister der Stadt Mayen	
Sven Normann	Bürgermeister der Ortsgemeinde Staudt	
Thomas Przybylla	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Weißenfels	
Susanne Pusch	Leiterin Beteiligungsverwaltung und Prokuri- tin der Stadtwerke Koblenz GmbH	
Dr. Alexander Saftig	Landrat des Landkreises Mayen-Koblenz	Bis 31.12.2024
Alfred Steimers	Bürgermeister der Verbandsgemeinde Ulmen	

E. Ergebnisverwendung

Von dem Jahresüberschuss in Höhe von rd. Mio. EUR 60,8 wurden in Abstimmung mit den Gesellschaftern der EKO2 GmbH und in Übereinstimmung mit dem Ergebnisabführungsvertrag rd. Mio. EUR 13,8 in die anderen Gewinnrücklagen eingestellt. Der darüber hinausgehende Betrag in Höhe von Mio. EUR 47,0 wurde entsprechend dem Ergebnisabführungsvertrag an die EKO2 GmbH abgeführt.

F. Durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer- innen und Arbeitnehmer

Leitende Angestellte	3
Kaufmännische und technische Angestellte	<u>434</u>
	<u>437</u>

Sonstige Pflichtangaben

Mutterunternehmen für den größten Konsolidierungskreis ist die Stadtwerke Koblenz GmbH, Koblenz. In den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2024 der Stadtwerke Koblenz GmbH, Koblenz, wird die Gesellschaft nach den Vorschriften über die Vollkonsolidierung einbezogen. Der Konzernabschluss wird im Unternehmensregister veröffentlicht. Somit ist die Gesellschaft selbst von der Aufstellung eines Konzernabschlusses befreit.

Koblenz, den 27. März 2025

Der Vorstand

Mithun Basu

Christoph Hesse

Lagebericht für das Geschäftsjahr 2024

1. Grundlagen des Unternehmens

1.1 Geschäftsmodell des Unternehmens

Die Energieversorgung Mittelrhein AG (im Folgenden „evm“) bietet – als Unternehmensgruppe aufgestellt – ein breites Leistungsspektrum. Dieses umfasst u.a. Energievertrieb, Netzgeschäft, energienahe Dienstleistungen sowie Energieerzeugung und -beschaffung. Die evm versorgte zum Stichtag 31. Dezember 2024 insgesamt 122.486 Kundinnen und Kunden mit Erdgas und 216.429 mit Strom und hat mit 255 Städten und Gemeinden Gas- sowie mit 227 Stromkonzessionsverträge abgeschlossen. Damit ist die evm das größte kommunale Energie- und Dienstleistungsunternehmen aus Rheinland-Pfalz. Zudem ist die evm als Betriebsführerin eines Wasserwerks in der Trinkwasserversorgung und war bis zum 31. Dezember 2024 als Betriebsführerin eines Wasser- und Abwasserwerks tätig.

Das Netzgeschäft der evm ist der Energienetze Mittelrhein GmbH & Co. KG (im Folgenden „enm“) übertragen, die für einen sicheren und zuverlässigen Betrieb der Erdgas- und Stromnetze sorgt.

Über verschiedene Beteiligungen ist die evm darüber hinaus in der Energieerzeugung, in der Telekommunikation und in den Geschäftsfeldern Heizung und Klima sowie Energiedienstleistungen aktiv.

1.2 Forschung und Entwicklung

Eigene Forschung und Entwicklung wird nicht durchgeführt.

Von der evm wird ein Innovationsmanagement unterhalten. In enger Kooperation werden Innovationsthemen in der Thüga-Gruppe über eine Plattform gebündelt, in der sich auch die evm als Partner engagiert.

2. Wirtschaftsbericht

2.1 Gesamtwirtschaftliche branchenbezogene Rahmenbedingungen

Konjunktur

Die deutsche Wirtschaft ist im Jahr 2024 erneut geschrumpft. Nach Einschätzung des Statistischen Bundesamts vom 15. Januar 2025 ist das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt im abgelaufenen Geschäftsjahr gegenüber dem Vorjahr um 0,2 % leicht gesunken.

Witterung

Sowohl für die Energienachfrage als auch für die regenerative Erzeugung spielt die Witterung eine wesentliche Rolle. Im Vergleich zur aktuellen Referenzperiode 1991 bis 2020 (9,3°C) war das Wetterjahr 2024 mit einer Jahresmitteltemperatur von 10,9°C wiederum eines der wärmsten Jahre seit Messbeginn. Mit knapp 1.700 Sonnenstunden wurde die Anzahl der Sonnenstunden der Referenzperiode von 1991 bis 2020 von durchschnittlich 1.665 Sonnenstunden leicht übertroffen. Laut Fraunhofer-Institut für Solare Energiesysteme ISE vom 17. Januar 2025 betrug die Windstromerzeugung in 2024 wetterbedingt 136,4 TWh gegenüber 139,8 TWh im Vorjahr und lag damit gemäß dem Wind- und Ertragsindex Report 2024 der anemos Gesellschaft für Umweltmeteorologie mbH auf dem Niveau der Referenzperiode von 2004 bis 2023.

Primärenergieverbrauch in Deutschland

Insbesondere aufgrund der zurückgehenden Wirtschaftsleistung, vor allem der energieintensiven Industriezweige, sowie des anhaltenden Energiesparverhaltens der Bevölkerung, ist der Energieverbrauch in Deutschland in 2024 erneut gesunken. In ihrer ersten vollständigen Schätzbilanz vom 18. März 2025 veröffentlicht die Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen e.V. einen Rückgang des Primärenergieverbrauchs um 1,1 % auf 359,6 Millionen Tonnen Steinkohleneinheiten. Der Erdgasverbrauch stieg in 2024 preisbedingt um 4,0 % an. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch erhöhte sich um 1,1 %. Diese Entwicklung beruht insbesondere auf einer Zunahme der Stromproduktion aus Wasserkraft und Photovoltaik, während die Windstromerzeugung wetterbedingt zurückging.

Energiemarkt-/politik

Die Marktpreise für Erdgas und Strom haben sich im Jahresverlauf volatile gezeigt. Konstante Erdgasimporte sichern eine stabile Versorgungslage. Infolgedessen konnten die Gasspeicher Anfang November 2024 ihren Jahreshöchstfüllstand von rund 99 % erreichen, bevor die Ausspeicherung begonnen hat.

2.2 Geschäftsverlauf

Wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Tätigkeiten nach dem EnWG Erdgas- und Stromverteilung

Die nach § 52 EnWG zu ermittelnden stochastischen Kenngrößen für Versorgungsunterbrechungen (Netz-Nichtverfügbarkeiten) lagen im Berichtsjahr 2024, Erhebungszeitraum 2023, für das Erdgasverteilnetz bei 0,69 Minuten/Kunde (Bundesdurchschnitt 1,26 Minuten/Kunde), für das Stromverteilnetz aufgrund von sturmverursachten Schäden bei 18,2 Minuten/Kunde (Bundesdurchschnitt 12,8 Minuten/Kunde). Aus den entsprechenden Schadens- und Störungsstatistiken der Sparten Gas und Strom der evm-Gruppe lassen sich keine systembedingten Schwachstellen in den Netzen ableiten, die nach derzeitigem Kenntnisstand die Versorgungsqualität in den kommenden Jahren negativ beeinträchtigen werden. Bei Umsetzung der Instandhaltungs- und Erneuerungsstrategien wird erwartet, dass die hohe Netzqualität der Verteilnetze der evm-Gruppe auch nachhaltig vorherrschen wird.

Um der gesetzlichen Versorgungsaufgabe und der Verpflichtung zur Aufnahme regenerativer Energien gerecht zu werden, wurden wie in den Vorjahren, auch im Geschäftsjahr 2024 in den Verteilnetzen der Sparten Erdgas und Strom substanzerhaltende Instandhaltungsmaßnahmen, Erneuerungen betriebsgealterter Netzinfrastrukturen sowie bedarfs- und zukunftsorientierte Netzerweiterungen vorgenommen.

Die Nachfrage nach Standard-Gas-Netzanschlüssen ist infolge der Novellierung des Gebäudeenergiegesetztes weiter zurückgegangen. Die Nachfrage nach Netzanschlüssen für Ladeinfrastrukturen ist in 2024 leicht rückläufig gewesen. Fortwährend hoch war indessen die Zahl der Anschlussaufträge bei dezentralen Stromerzeugungsanlagen.

Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors Vertrieb

Die vertrieblichen Anstrengungen waren infolge der hohen Wettbewerbsaktivitäten im Markt und erkennbarer Preisdifferenzen zwischen den Anbietern herausfordernd.

Industriekunden setzen sich zunehmend mit zunehmend mit der Integration von Nachhaltigkeitsstrategien auseinander, sodass entsprechende Auditierungen und Zertifizierungen vermehrt nachgefragt werden. Die Nachfrage nach Heizungen und Photovoltaik-Anlagen hat – bedingt durch politische Verunsicherungen und sinkende Investitionsbereitschaft der Kundinnen und Kunden – nachgelassen.

Elektromobilität

Zum Ausbau des öffentlichen Ladenetzes in unserem Versorgungsgebiet sind im Geschäftsjahr weitere AC- und DC-Ladestation errichtet worden. Aufgrund des erhöhten Angebots sowie der wachsenden Nachfrage hat sich die Anzahl der Ladevorgänge und der abgegebenen Energiemenge gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht.

Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Energieerzeugung

Die 100 % Tochtergesellschaft BEE Bioenergieerzeugung Koblenz GmbH erzeugt Biometan aus nachwachsenden Rohstoffen. Im Geschäftsjahr 2024 sind rund 40,5 Millionen Kilowattstunden Biomethan produziert und in das Erdgasnetz eingespeist worden.

Telekommunikation

Über die 50 %-ige Tochtergesellschaft KEVAG Telekom GmbH bietet die evm in Koblenz, im Westerwald, in der Eifel, im Hunsrück und in Mittelhessen umfassende Telekommunikationslösungen für Privat- und Geschäftskunden an.

Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung

Im Rahmen von Betriebsführungen versorgt die evm circa 172.000 Einwohnerinnen und Einwohner mit Trinkwasser. Im Geschäftsjahr sind rund 9,5 Millionen Kubikmeter Trinkwasser geliefert worden. Im Abwasserwerk der Stadt Remagen fielen in diesem Zeitraum rund 0,7 Millionen Kubikmeter Abwasser an.

2.3 Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Ertragslage

Die Umsatzerlöse – nach Abzug von Energie- und Stromsteuer – sind im Wesentlichen durch das stark rückläufige „normalisierte“ Marktpreisniveau auf 1.002.158 TEuro (Vorjahr: 1.362.521 TEuro) zurückgegangen.

Die sonstigen betrieblichen Erträge gingen gegenüber dem Vorjahr im Wesentlichen aufgrund geringerer Weiterverrechnungen für Pensions- und Deputatverpflichtungen, geringerer Auflösungen von Rückstellungen sowie geringerer Erträge aus Anlagenabgängen um 4.581 TEuro auf 4.184 TEuro zurück.

Das Beteiligungsergebnis verringerte sich im Wesentlichen aufgrund der geringeren Gewinnabführung der Gasversorgung Westerwald GmbH von 13.370 TEuro auf 12.362 TEuro.

Insbesondere aufgrund des preis- und mengenbedingten Rückgangs der Beschaffungskosten für Erdgas und Strom sind die Materialaufwendungen von 1.218.866 TEuro auf 817.596 TEuro gesunken.

Der Personalaufwand erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund des gestiegenen Personalbestands sowie der im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Aufwendungen für die Altersversorgung um 3.584 TEuro auf 43.139 TEuro (Vorjahr: 39.555 TEuro).

Durch die laufende Fortführung der Investitionstätigkeit liegen die Abschreibungen mit 14.418 TEuro leicht über dem Vorjahresniveau von 14.231 TEuro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen von insgesamt 55.692 TEuro (Vorjahr: 41.265 TEuro) sind im Wesentlichen durch die Konzessionsabgaben sowie den Aufwendungen für IT geprägt. Der Anstieg gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf gestiegene Forderungsabschreibungen und Vertriebsprovisionen sowie höhere IT-Aufwendungen zurückzuführen.

Die sonstigen Zinsen und ähnlichen Erträge liegen mit 3.641 TEuro leicht über dem Vorjahresniveau von 3.494 TEuro. Die Erträge aus der Ausleihung von Finanzanlagevermögen in Höhe von 224 TEuro (Vorjahr 209 TEuro) stammen aus Darlehen an Tochtergesellschaften.

Die Zinsaufwendungen liegen mit 3.238 TEuro unter dem Vorjahreswert von 3.880 TEuro.

Damit beträgt der Jahresüberschuss (vor Ergebnisabführung) 60.842 TEuro und liegt um 6.485 TEuro über dem Niveau des Vorjahrs (54.357 TEuro).

Vermögens- und Finanzlage

Die Bilanzsumme erhöhte sich im Geschäftsjahr 2024 auf 751.899 TEuro (Vorjahr: 726.762 TEuro). Die prozentuale Eigenkapitalausstattung ist mit 37,5 % gegenüber dem Vorjahr um 0,7 %-Punkte gestiegen (Vorjahr: 36,8 %). Das langfristig gebundene Vermögen

bildet mit 66,4 % einen um 1,1 %-Punkte niedrigeren Anteil an der Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr.

Im Geschäftsjahr 2024 wurden insgesamt 24.020 TEuro in immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen investiert, davon entfielen 12.105 TEuro auf Investitionen in Leistungsnetze. Die Finanzanlagen sind mit rund 318.237 TEuro im Vorjahr und 318.259 TEuro im Berichtsjahr nahezu unverändert.

Das Umlaufvermögen erhöhte sich im Wesentlichen aufgrund des Anstiegs der Vorräte und Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (geringere erhaltene Anzahlungen) sowie der liquiden Mittel auf insgesamt 252.331 TEuro.

Die Rückstellung für Pensions- und Deputatsverpflichtungen hat sich von 171.619 TEuro auf 171.080 TEuro geringfügig reduziert. Die sonstigen Rückstellungen sind im Wesentlichen durch höhere Rückstellungen für nEHS-Zertifikate von 58.756 TEuro auf 78.234 TEuro gestiegen.

Die Verbindlichkeiten sind im Wesentlichen infolge rückläufiger Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen auf 217.506 TEuro (Vorjahr: 225.309 TEuro) gesunken. Sie sind überwiegend kurzfristig und entfallen aufgrund der zum Bilanzstichtag geschuldeten Gewinnabführung und der Finanzverbindlichkeiten gegenüber Tochtergesellschaften zu 47,6 % auf Verbindlichkeiten gegenüber nahe stehenden Unternehmen und zu 27,3 % auf Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

Das Sachanlagevermögen, die immateriellen Vermögensgegenstände sowie ein Teil des Finanzanlagevermögens sind durch das Eigenkapital gedeckt. Die langfristigen Rückstellungen sind deutlich geringer als der Wert der Finanzanlagen.

Im Geschäftsjahr 2024 ist ein Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von 60.789 TEuro erwirtschaftet worden. Dies ist im Wesentlichen auf die Veränderung der Rückstellungen sowie der Forderungen und Verbindlichkeiten zurückzuführen. Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beläuft sich auf -5.878 TEuro. Der Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit von -49.018 TEuro wird im Wesentlichen durch die Ergebnisabführungsverpflichtung (47.000 TEuro) bestimmt.

Insgesamt resultiert hieraus eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelfonds um +5.893 TEuro. Es bestehen Kontokorrentkreditlinien in Höhe von 64.927 TEuro.

Kapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr 2024 in TEuro

Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit	60.789
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	-5.878
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	-49.018
<hr/>	
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	+5.893
<hr/>	
Finanzmittelfonds am Jahresanfang	69.655
<hr/>	
Finanzmittelfonds am Jahresende	75.548

2.4 Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

2.4.1 Finanzielle Leistungsindikatoren

Die Unternehmensstrategie bildet die Grundlage der Steuerung des Unternehmens. Als wichtiger finanzieller Leistungsindikator für die Steuerung wird der Jahresüberschuss verwendet. Die Eigenkapitalquote und die Leverage Ratio werden für die bestehenden Außenverpflichtungen kalkuliert und berichtet. Die auf dieser Basis bestehenden Finanzierungsmöglichkeiten am Banken- und Kapitalmarkt und die sich aus den generierten Cashflows ergebenden Innenfinanzierungsmöglichkeiten bilden den Rahmen für mögliche Investitionen. An der Gesamt- und Eigenkapitalrendite werden die geplanten und getätigten Investitionen pro- und retrospektiv gemessen.

2.4.2 Nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Umwelt- und Energiemanagementsystem

Die evm versteht es als ihre Verantwortung, ihre Energieeffizienz zu steigern, umweltbelastende Emissionen und das Abfallaufkommen auf ein Minimum zu reduzieren sowie die Ressourcen zu schonen. Dieser Gedanke ist Bestandteil der Umwelt- und Energieleitlinie. Zur Überprüfung dieser Aufgaben wird ein Umwelt- und Energiemanagementsystem betrieben und extern zertifiziert. Im Rahmen der Zertifizierung finden regelmäßig interne und externe Audits statt, in denen die Verantwortlichkeiten geprüft und die Arbeitsweisen kontinuierlich verbessert werden.

Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz

Arbeitssicherheit hat für die evm oberste Priorität. Sämtliche Aspekte der Arbeitssicherheit sowie des Gesundheitsschutzes werden in einem jährlich erscheinenden Bericht dargestellt. Bei der Konzeption konkreter Maßnahmen zur Arbeitssicherheit und zum Gesundheitsschutz wird Wert auf präventive Ansätze der Unfallvermeidung mittels verbindlicher Schulungen gelegt. Die geringen Unfallzahlen unterhalb des Branchendurchschnitts sind ein Indiz für den sicheren Betrieb der Anlagen, abgestimmte Arbeitsabläufe sowie für gut ausgebildete und geschulte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die nach § 5 ArbSchG zu führenden Gefährdungsbeurteilungen werden regelmäßig fortgeschrieben und aktualisiert.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Zum Stichtag 31. Dezember 2024 beschäftigte die evm 483 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einschließlich 22 Beschäftigten in der Passivphase der Altersteilzeit und 23 Auszubildenden. Im Vergleich zum Stichtag 31. Dezember 2023 mit 468 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern inklusive 20 Beschäftigten in der Passivphase der Altersteilzeit und 24 Auszubildenden ist die Zahl der Beschäftigten um 15 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gestiegen.

Die Identifikation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit dem Unternehmen ist ein wichtiger Erfolgsfaktor für die Leistungsfähigkeit des Unternehmens. Diese zeigt sich in der durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von 15,7 Jahren (Vorjahr: 16,0 Jahre), die jedoch gegenüber dem Vorjahr erneut leicht rückläufig war. Die ungesteuerte Fluktuationsquote hat sich in 2024 mit 3,3 % gegenüber dem Vorjahr (4,1 %) leicht reduziert.

Die evm bildet kaufmännische und technische Auszubildende aus. Die Ausbildungsquote hat sich im Vergleich zum Vorjahr leicht reduziert und betrug 4,8 % (Vorjahr: 5,1 %). Diese Entwicklung ist mit der insgesamt gestiegenen Zahl unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verbunden.

Erklärung zur Unternehmensführung

Durch das zum 24. April 2015 in Kraft getretene Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst sind auch bei der evm Geschlechterquoten für Vorstand, Aufsichtsrat und die ersten beiden Führungsebenen festzulegen.

In der Aufsichtsratssitzung am 17. Mai 2023 wurde vom Aufsichtsrat für den Vorstand eine Zielquote für den Frauenanteil von 0/3 (0 %) und für den Aufsichtsrat eine Zielquote von 7/21 (33,3 %) bis zum 30. Juni 2028 festgelegt.

Zum 31. Dezember 2024 betrug der Frauenanteil im Vorstand 0 %. Die Zielquote für den Aufsichtsrat wurde mit 9/21 (42,9 %) überschritten. Hintergrund für die Steigerung ist ein Wechsel im Aufsichtsgremium durch die Kommunalwahl 2024.

Diese Quote orientierte sich an dem aktuellen Verhältnis von weiblichen und männlichen Vorstandsmitgliedern sowie an den vertraglichen Verpflichtungen der Gesellschaft gegenüber den Vorstandsmitgliedern.

Für die erste Führungsebene gilt bis zum 30. Juni 2027 eine Zielquote von mindestens 9,1 %. Dieses Ziel wurde zum Stichtag mit einer Quote von 10 % erfüllt. Die Zielquote für die zweite Führungsebene, ebenfalls bis zum 30. Juni 2027 gültig, betrug 30 %. Sie wurde mit einem Zielerreichungsgrad von 28,6 % leicht unterschritten.

Nachhaltigkeitsbericht

Nachhaltigkeit hat bei der evm eine hohe Bedeutung. Ein nachhaltiges Energie- und Dienstleistungsunternehmen zu sein bedeutet für die evm, private Kundinnen und Kunden ausschließlich mit Strom aus erneuerbaren Energiequellen zu versorgen sowie die Erzeugung regenerativer Energien auszubauen und die Kohlenstoffdioxidemissionen zu verringern. Die Energie- und Wärmewende, die den Übergang zu energieeffizienterer Heiztechnik und Gebäudedämmung sowie die Sensibilisierung der Bevölkerung für einen bewussteren Umgang mit Wärmeenergie beschreibt, sind dabei die zentralen Themen.

Als kommunales Energie- und Dienstleistungsunternehmen fühlt sich die evm mit ihrer Heimatregion verbunden. Nachhaltigkeit verbindet die evm daher auch mit der Schaffung und dem Erhalt von sicheren Arbeitsplätzen, mit kundenfreundlichem Service vor Ort, mit überdurchschnittlicher Versorgungssicherheit, mit der Verbesserung der örtlichen Infrastruktur

sowie mit der Förderung von sozialen, kulturellen und gemeinnützigen Projekten. Ziel der evm ist ein verantwortungsvoller und effizienter Umgang mit natürlichen Ressourcen, die Gestaltung einer intelligenten Energiezukunft und eine kontinuierliche Verbesserung der Lebensqualität in der Region.

2.5 Gesamtaussage

Gesamtentwicklung

Im Geschäftsjahr ist ein sehr zufriedenstellendes Geschäftsergebnis deutlich über Planniveau erwirtschaftet worden.

Marktpositionierung

Das abgelaufene Geschäftsjahr wurde durch die aufgrund des anhaltenden Russland-Ukraine-Kriegs und der Nahost-Konflikte volatilen Beschaffungskosten für Erdgas und Strom sowie veränderten energiepolitischen Rahmenbedingungen maßgeblich beeinflusst.

3. Prognosebericht

Ausblick Gesamtwirtschaft

Das ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V. geht in seiner aktuellen Konjunkturprognose aus dem März 2025 für das laufende Jahr von einem marginalen Aufschwung der deutschen Wirtschaftsleistung von 0,2 % aus. Kritisch wird insbesondere der global zunehmende Protektionismus betrachtet.

Ausblick Gesamtunternehmen

Für das Geschäftsjahr 2025 wird ein Ergebnis leicht unter dem Niveau des vorangegangenen Berichtsjahres erwartet. Im Vergleich zu 2024 wird die geplante Ausweitung der Investitionstätigkeit voraussichtlich zu einem stichtagsbezogenen Kassenbestand deutlich unter dem Ausgangsniveau führen. Die Eigenkapitalquote wird marginal unter dem Niveau des Berichtsjahres erwartet.

Infolge rückläufiger Energiepreise ist von einer weiteren Zunahme des Wettbewerbs auszugehen. Dem intensiven Wettbewerb in den klassischen Geschäftsfeldern wird die evm weiterhin mit einer Differenzierung des Angebots an geschäftsfeldübergreifenden Produkten und Dienstleistungen begegnen. Ein Fokus wird auf die Wende des Wärmemarktes und die Unterstützung der Kommunen bei der Entwicklung und Umsetzung der kommunalen Wärmeplanung liegen. Gleichzeitig sollen die Stromverteilnetze in Hinblick auf die Herausforderungen durch die voranschreitende Elektrifizierung weiterentwickelt werden.

Die Planungen zur Errichtung eines neuen Verwaltungsgebäudes werden vor dem Hintergrund der organisatorischen und energetischen Optimierung weiter vorangetrieben.

Ausblick Energiemarkt/-politik

Aus heutiger Sicht wird es im Rahmen der wahrscheinlichen Regierungskonstellation zu keinen wesentlichen Änderungen in der energiepolitischen Grundausrichtung geben. Je nach Koalitionsschwerpunkten sind allerdings Veränderungen von Rahmenbedingungen, z.B. zur Regulierung des Stromnetzausbau und der Finanzierung der Netzentgelte sowie zur Förderung von Heizsystemen und EEG-Anlagen, zu erwarten.

Ausblick Beschaffungsmarkt

Es wird mit weiteren volatilen Märkten gerechnet, auch aufgrund der unsicheren Zukunft der Versorgung mit verflüssigtem Erdgas aus den Vereinigten Staaten von Amerika.

Ausblick Erdgas- und Stromverteilung

Auch im Geschäftsjahr 2025 widmet sich das Bau- und Projektbudget des Verteilnetzes schwerpunktmäßig den Erfordernissen aus der Netzstrategie und den Instandhaltungsplänen und dem damit verbundenen Ersatz gealterter Betriebsmittel. Im Hinblick auf die politischen Diskussionen zur Dekarbonisierung der Raumwärmeversorgung werden die Investitionen in die Erdgasnetze kritisch geprüft.

Die Planungen zum schrittweisen Aufbau einer Wasserstoffnetzinfrastruktur, ausgehend von dem zukünftig durch das Netzgebiet der evm-Gruppe verlaufenden Wasserstoffkernnetz, werden vorangetrieben. Dieser Aufbau soll möglichst durch die Nutzung zukünftig nicht weiter benötigter Erdgasleitungen erfolgen.

Die Dezentralisierung der Energieerzeugung schreitet im Stromverteilnetz weiter voran. Infolgedessen ist von weiterhin hohen Zubauraten und Netzanschlussbegehren auszugehen.

Ausblick Vertrieb

Konjunkturbedingt wird für das Geschäftsjahr 2025 von Mengenrückgängen bei Erdgas und Strom im Geschäftskundensegment ausgegangen. Daneben wird ein erhöhtes Insolvenzrisiko erwartet.

Bestandskunden sollen langfristig von den Angeboten und Leistungen der evm überzeugt sein bzw. werden. Mit der Kombination aus Beratung und dem Angebot von Lösungen, u.a. in Form von Photovoltaik und klimaneutralen Heizen, wird eine langfristige Positionierung bei Industrie- und Gewerbekunden angestrebt. Die Versorgung unserer Kundinnen und Kunden mit Energiedienstleistungen soll weiterhin intensiviert werden.

Ausblick Elektromobilität

Durch die fortlaufende Akquise attraktiver Standorte für öffentliche Ladesäulen und -parkplätze soll eine bedarfsgerechte Ladeinfrastruktur errichtet werden, nachfragebedingt primär DC-Ladestationen im öffentlichen Bereich und AC-Ladetechnik im Geschäftskundenbereich.

Ausblick Energieerzeugung

Die evm-Gruppe wird den weiteren Ausbau der regenerativen Erzeugung mit dem Schwerpunkt Windenergie und Photovoltaik durch eigene Projektentwicklungen und in Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern weiter zielstrebig vorantreiben.

Ausblick Telekommunikation

Für die nächsten Jahre ist die Erschließung weiterer unversorgter Gebiete im Westerwaldkreis geplant. Der Fokus liegt hierbei zunehmend auf glasfaserbasiertem Breitbandausbau, auch in Gewerbegebieten. Die Kommunikationsinfrastruktur wird neben kommerziellen Diensten auch im Rahmen des Aufbaus intelligenter Stromnetze für das Stromverteilnetz eine bedeutende Rolle übernehmen.

Ausblick Trinkwasserversorgung und Abwasserentsorgung

Mit der Vereinigte Wasserwerke Mittelrhein GmbH besteht derzeit ein Vertrag über die Betriebsführung der Wasserversorgung.

Der Betriebsführungsvertrag über die Wasserversorgung und Abwasserentsorgung mit der Stadt Remagen endete zum 31. Dezember 2024. Die Übernahme weiterer Betriebsführungen ist derzeit nicht geplant.

4. Chancen- und Risikobericht

Risikobericht

Die (Früh-)Erkennung sowie die angemessene Analyse und Begrenzung von Risiken sind wesentliche Voraussetzungen für die Sicherung eines nachhaltigen Unternehmenserfolgs. Zu diesem Zweck wird ein Risikomanagementsystem unterhalten, das sowohl unternehmensspezifische Besonderheiten und Anforderungen berücksichtigt als auch die Beteiligungsgeellschaften einbezieht. Im Rahmen der strategischen und operativen Unternehmensplanung werden die Risiken und Steuerungsmaßnahmen mitberücksichtigt.

Das Risikomanagementsystem stellt die dokumentierte Identifikation und Erfassung, Analyse und Bewertung, Kommunikation und Steuerung sowie Überwachung bei eindeutigen Verantwortlichkeiten und Wahrung des Vier-Augen-Prinzips sicher.

Folgende Risikofelder können die Geschäftsentwicklung maßgeblich beeinflussen und wurden im Rahmen des Risikomanagementsystems als wesentlich identifiziert:

Umfeld- und Marktrisiken

Die evm ist in ihrem Kerngeschäft Umfeld- und Marktrisiken aus Absatz- und Beschaffungsgeschäften ausgesetzt. Dies umfasst Preis- und Mengenrisiken sowie Adressausfall- und Glattstellungsrisiken.

Politische Risiken

Aus der Regulierung des Energiemarktes bestehen politische Risiken insbesondere hinsichtlich der genehmigten Netzentgelte, der langfristigen Mengenentwicklung bei den verschiedenen Energieträgern sowie der Zulässigkeit bzw. Wirtschaftlichkeit bestimmter

technischer Lösungen. Auch politisch motivierte Sabotageakte an Anlagen der Netzinfrastuktur, bei Energie- und Wärmeerzeugungsanlagen sowie sonstigen technischen Anlagen sind nicht auszuschließen.

Umweltrisiken

Die Umweltrisiken umfassen nicht nur physische Schadensereignisse, sondern auch witterungsbedingte Schwankungen der an Endkunden zu liefernden sowie durchzuleitenden Erdgas- und Strommengen. Im Zuge der Nachhaltigkeitsberichterstattung werden nachhaltigkeitsrelevante (Umwelt-)Risiken identifiziert und im allgemeinen Risikomanagementsystem zukünftig gesondert berücksichtigt.

Allgemeine Betriebsrisiken

Die allgemeinen Betriebsrisiken umfassen technische, personelle sowie prozessuale Risiken. Hinsichtlich Versorgungssicherheit, Funktionsfähigkeit der Anlagen sowie Sach- und Personenschäden bestehen unvermeidliche Risiken aus der Errichtung und dem Betrieb der Netzinfrastuktur, von Energie- und Wärmeerzeugungsanlagen und sonstigen technischen Anlagen und Geräten. In begrenztem Umfang ergeben sich ähnliche Risiken auch bei Betriebsführungsleistungen, der Büroarbeit, dem Facility Management sowie der Beschaffung, Lagerung und dem Transport von Material. Es bestehen derzeit trotz Fachkräftemangel keine Personalrisiken. Es wird ausreichend qualifiziertes Personal vorgehalten.

Finanzwirtschaftliche Risiken und Risiken aus der Verwendung von Finanzinstrumenten

Finanzwirtschaftliche Risiken, z.B. Kreditrisiken, Liquiditätsrisiken, Preisänderungsrisiken, Adressausfallrisiken, Ressourcenrisiken sowie Zahlungsstromschwankungsrisiken, können die finanzielle Situation negativ beeinflussen, insbesondere im Kontext der Energiewende und des erforderlichen Netzinfrastrukturausbau. Für die enm, Gasversorgung Westerwald GmbH und Naturstrom Rheinland-Pfalz GmbH wird die operative Finanzplanung im Rahmen des Finanzmanagementsystems der evm ausgearbeitet. Dieses Cash Management betreut die evm auf der Basis von Cash-Pooling-Vereinbarungen im Rahmen von Geschäftsbesorgungs- und Dienstleistungsverträgen.

Die Finanzinstrumente umfassen auf Seite der Aktiva hauptsächlich liquide Mittel, Wertpapiere, Forderungen und Finanzanlagen sowie auf der Passivseite die Verbindlichkeiten.

Die Preisänderungsrisiken der evm sind der konservativen Anlagestrategie entsprechend gering. Wertminderungen von Wertpapieren beziehungsweise im Beteiligungsportfolio können aber nicht vollkommen ausgeschlossen werden. Die Beteiligungsrisiken werden im Beteiligungsmanagement überwacht.

Aufgrund von Insolvenzrisiken auf Basis der allgemeinen Rezessionserwartungen besteht ein Liquiditätsrisiko, das durch die verfügbaren liquiden Mittel und die Betriebsmittelkreditlinie insgesamt als beherrschbar angesehen wird. Die Liquidität wird täglich überwacht. Im Geschäftsjahr 2024 bestand jederzeit Zahlungsfähigkeit.

IT-Risiken

Im Bereich der IT gibt es Grundrisiken in Bezug auf die allgemeine Verfügbarkeit der Systeme, die Vertraulichkeit der Daten und die Integrität der Systeme und Daten. So könnte es zu einem technischen Ausfall u.a. von Servern und Netzwerken kommen. Zudem besteht die Gefahr von Softwarefehlern, Viren und mutwilligem Eindringen in das Netzwerk. Datendiebstahl oder -manipulation sowie mutwillige Fehlbedienung von Systemen können ein weiteres Risiko darstellen. Die Folge des Eintritts der genannten Risiken kann ein finanzieller Schaden sein.

Zur Vermeidung und Verringerung der IT-Risiken hat die evm verschiedene Maßnahmen ergriffen. Durch den Einsatz qualifizierter IT-Spezialisten mit spezifischem Know-how für die Anwendungsentwicklung und Programmierung wird ein IT-Grundschutz gebildet. Ferner betreibt die evm die IT-Anwendungen in einem nach DIN ISO/IEC 27001 zertifizierten Rechenzentrum. Um Datensicherheit nach der Datenschutzgrundverordnung zu garantieren, erhalten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Kundinnen und Kunden über IT-Anwendungen Auskünfte zu ihren gespeicherten, personenbezogenen Daten. Gleichzeitig wird die Einhaltung von Löschfristen sichergestellt.

Zur Vermeidung von IT-Risiken wird bei der evm und der enm zudem ein Information Security Management System genutzt, das nach DIN ISO/IEC 27001 zertifiziert ist. Im Information Security Management System werden Verfahren und Regeln definiert, um die Informationsicherheit dauerhaft zu steuern, zu kontrollieren, aufrechtzuerhalten und fortlaufend zu verbessern.

Rechtliche Risiken

Es können rechtliche Risiken aus laufenden oder drohenden Prozessen sowie aus Rechtsverstößen bestehen. Auch ein vorab rechtlich geprüftes Vorgehen, eine regelungskonforme Umsetzung aller rechtlichen Vorgaben und der Einhaltung derselben kann mögliche Risiken dieser Art nicht vollständig ausschließen.

Weitere Risiken

Es bestehen weitere Risiken hinsichtlich Reputationsschäden, der Fehleinschätzung von Marktentwicklungen, strategischer Risiken, die im Rahmen der Unternehmensführung gesteuert werden und – auf dieser Abstraktionsstufe – als nicht wesentlich angesehen werden.

Bestandsgefährdende Risiken/Gesamtrisiko

Es bestehen keine bestandsgefährdenden Risiken für die evm. In ihrem Bestand wäre die evm gefährdet, sofern sie nach Risikoeintritt nachhaltig die unternehmerischen Aufgaben nicht mehr wettbewerbsfähig durchführen könnte.

Aus den erkannten Risiken resultiert kein über die getroffenen Maßnahmen hinausgehender Handlungsbedarf für die evm und ihre Beteiligungen. Die bestehenden organisatorischen Vorkehrungen werden entsprechend der Markterfordernisse und den gesetzlichen Verordnungen kontinuierlich weiterentwickelt.

Die organisatorischen Anpassungen werden derzeit als ausreichend eingeschätzt, um Risiken zeitnah verfolgen und im Schadensfall zielgerichtet handeln zu können.

Chancenbericht

Die gezielte Ausweitung der vertrieblichen Wertschöpfung mit Erdgas- und Stromprodukten stellt eine Chance dar. Durch Kundenbindungs- und (Re-)Akquisemaßnahmen bestehen Chancen auf eine höhere Anzahl an Kundinnen und Kunden im Energievertrieb. Durch eine stetige Beschaffungsoptimierung sollen die an den Energiemarkten aufgrund von Preisschwankungen bestehenden Chancen genutzt werden.

Der Ausbau und die Entwicklung neuer kerngeschäftsnaher Dienstleistungen und Geschäftsfelder bieten Möglichkeiten, Gewinne zu erwirtschaften, und Chancen, durch Cross-Selling mit dem Energievertrieb, zu heben.

Weitere Chancen ergeben sich insbesondere aus Kooperationsprojekten.

Erklärung nach § 312 AktG

Für das Geschäftsjahr 2024 haben wir gemäß § 312 AktG den Bericht über Beziehungen zu verbundenen Unternehmen erstellt, der mit folgender Erklärung abschließt:

„Bei den im Berichtsjahr vorgenommenen und gemäß § 312 AktG berichtspflichtigen Rechtsgeschäften haben wir – soweit uns nach den Umständen im Zeitpunkt der Durchführung des Rechtsgeschäfts bekannt – in jedem Einzelfall eine angemessene Gegenleistung im Sinne dieser Vorschrift erhalten. Durch die getroffenen Maßnahmen wurde die Gesellschaft nicht benachteiligt.“

Koblenz, 27. März 2025

Der Vorstand

Mithun Basu

Christoph Hesse

Erläuterungen zu den Tätigkeitsbereichen in der internen Rechnungslegung für das Geschäftsjahr 2024

I. Allgemeine Angaben und Erläuterungen

Die Energieversorgung Mittelrhein AG hat gemäß § 6b Abs. 3 EnWG für folgende Tätigkeiten jeweils eine Bilanz sowie eine Gewinn- und Verlustrechnung aufgestellt:

- Elektrizitätsverteilung
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Elektrizitätssektors
- Gasverteilung
- Andere Tätigkeiten innerhalb des Gassektors
- Moderne Messeinrichtungen und intelligente Messsysteme
- Andere Tätigkeiten außerhalb des Elektrizitäts- und Gassektors

Die Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für die einzelnen Tätigkeiten gemäß § 6b EnWG wurden nach den Vorschriften der §§ 242 ff. HGB und §§ 264 ff. HGB, den ergänzenden Bestimmungen des AktG und des EnWG sowie unter Berücksichtigung der Festlegungen der Bundesnetzagentur zu § 6b EnWG aufgestellt.

Die Bilanz wurde nach dem Gliederungsschema des § 266 HGB, die Gewinn- und Verlustrechnung nach dem Gesamtkostenverfahren des § 275 HGB aufgestellt und gegliedert.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften sind unverändert zum Jahresabschluss der Energieversorgung Mittelrhein AG übernommen worden. Insoweit wird auf die Angaben des Anhangs der Energieversorgung Mittelrhein AG zum 31. Dezember 2024 verwiesen. Die Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte wurden einheitlich ausgeübt. Die Schlüsselermittlung erfolgte stetig zum Vorjahr.

III. Tätigkeitsbilanzen

Das Anlagevermögen wurde im Wesentlichen direkt zugeordnet. Soweit eine direkte Zurechnung zu den einzelnen Tätigkeiten nicht möglich war oder nur mit unvertretbarem Aufwand verbunden wäre, wurden im untergeordneten Umfang – je nach Einzelsachverhalt – der Anlagen-, Personal- oder Zählerschlüssel verwendet. Der Geschäfts- oder Firmenwert wurde mittels Zählerschlüssel zugerechnet.

Die Vorräte wurden direkt zugeordnet.

Die Forderungen aus dem Energieverkauf an Kundinnen und Kunden wurden über das Abrechnungssystem nach Energiearten ausgewertet und auf die einzelnen Tätigkeiten verteilt. Die übrigen Positionen aus den Forderungen aus Lieferungen und Leistungen wurden direkt zugeordnet. Die Pauschalwertberichtigung wurde nach dem Forderungsschlüssel verteilt.

Die Forderungen gegen nahe stehende Unternehmen wurden direkt zugeordnet.

Bei der Zurechnung der sonstigen Vermögensgegenstände kam – je nach Einzelsachverhalt – der Personal-, Forderungs- oder Steuerschlüssel zum Einsatz.

Die Guthaben bei Kreditinstituten wurden direkt zugeordnet.

Die Zuordnung des aktiven Rechnungsabgrenzungspostens erfolgte über den Personalschlüssel.

Das Eigenkapital wurde direkt zugeordnet.

Bei den Sonderposten kam neben der direkten Zuordnung der Zählerschlüssel zum Einsatz.

Die Rückstellung für Pensionen wurden direkt zugeordnet.

Die Steuerrückstellungen wurden nach dem Steuerschlüssel verteilt.

Die sonstigen Rückstellungen wurden – je nach Einzelsachverhalt – direkt oder mit dem Personalschlüssel verteilt. Soweit eine direkte Zurechnung zu den einzelnen Tätigkeiten nicht möglich war oder nur mit unvertretbarem Aufwand verbunden wäre, wurde im untergeordneten Umfang die Zuordnung auch nach dem Zählerschlüssel vorgenommen.

Bei den erhaltenen Anzahlungen erfolgte die Zurechnung direkt.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen wurden im Wesentlichen direkt über Kreditoreneinzelposten den Tätigkeiten zugeordnet. Soweit eine direkte Zurechnung zu den einzelnen Tätigkeiten nicht möglich war oder nur mit unvertretbarem Aufwand verbunden wäre, kamen der Zähler- oder Personalschlüssel zum Einsatz.

Die Verbindlichkeiten gegen nahe stehende Unternehmen wurden direkt zugeordnet.

Die sonstigen Verbindlichkeiten wurden im Wesentlichen direkt zugeordnet. Soweit eine direkte Zurechnung zu den einzelnen Tätigkeiten nicht möglich war oder nur mit unvertretbarem Aufwand verbunden wäre, kamen – je nach Sachverhalt – der Personal-, Zähler- oder Forderungsschlüssel zum Einsatz.

Die Zuordnung des passiven Rechnungsabgrenzungspostens erfolgte direkt.

IV. Tätigkeitsgewinn- und Verlustrechnungen

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde auf Basis von Profit-Center-Auswertungen des internen Rechnungswesens entweder direkt oder geschlüsselt den Tätigkeiten zugeordnet. Für die Zuordnung auf die Tätigkeiten wurden Profit-Center-Berichte erstellt, die nach den handelsrechtlichen Vorschriften gegliedert sind und in Summe dem handelsrechtlichen Jahresabschluss entsprechen.

Aufwendungen und Erträge, für die eine direkte Zurechnung zu den einzelnen Tätigkeiten nicht möglich war oder nur mit unvertretbarem Aufwand verbunden wäre, insbesondere aus den Bereichen Overhead, Kundenservice und Vertrieb, wurden im Wesentlichen nach dem Personal- oder Zählerschlüssel verteilt.

Die Aufteilung der Steuern vom Einkommen und Ertrag erfolgte in Abhängigkeit des Ergebnisses vor Steuern nach dem Steuerschlüssel.